

Quelle ddp Deutscher Depeschendienst vom 15.04.2010
Seite 0
Ressort Politik
Rubrik Entwicklungshilfe
Autor nsc/stu



Entwicklungshilfeorganisationen werfen Niebel Trickserieen vor

Berlin (ddp). Entwicklungshilfeorganisationen werfen der Bundesregierung vor, die Ausgaben für Entwicklungshilfe künstlich hochzurechnen. Die Bundesregierung wende "Taschenspielertricks" an, um die sogenannten ODA-Quote, also das Verhältnis von Entwicklungshilfe zum Bruttonationaleinkommens (BNE), zu erhöhen, kritisierte der Vorsitzende des Entwicklungshilfeverbands Venro, Ulrich Post, im Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp. Auch Sven Harmeling von Germanwatch warf dem Entwicklungshilfeministerium "kreative Anrechnungsmethoden" vor. In die Entwicklungshilfequote werde alles eingerechnet, was eingerechnet werden könnte, sagte er im ddp-Gespräch. Beide stellten jedoch auch klar, dass dies kein spezifisches Problem der aktuellen Regierung sei. Es handle sich nicht um eine "Niebel'sche Geschichte", um sich möglicherweise 2010 mit einem höheren Etat zu schmücken, sagte Post mit Blick

auf die Vorwürfe gegenüber Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP). Auch frühere Regierungen hätten "alle möglichen Tricks" angewandt, um die Quote zu erhöhen, sagte der Venro-Vorsitzende und kritisierte insbesondere die Einrechnung von Entschuldungen und von Studienplatzkosten für ausländische Studierende. Auch Harmeling sprach sich für eine Erhöhung der tatsächlichen Mittel aus. Bereits am Mittwoch hatten SPD und Grüne moniert, Niebel habe Zahlungen und Entschuldungen bewusst auf das Jahr 2010 gelegt, um seine eigene Bilanz zu verbessern. Der FDP-Politiker wies die Vorwürfe zurück, sie entbehrten jeder Grundlage. Gerade Entschuldungsmaßnahmen könnten sich verzögern, da zunächst IWF und Weltbank einvernehmlich feststellen müssten, dass die Bedingungen erfüllt seien. Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Mittwoch mitteilte, hat

Deutschland im vergangenen Jahr 0,35 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für staatliche Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Dies entspricht 11,98 Milliarden US-Dollar. Deutschland ist damit drittgrößter Geldgeber weltweit.

Vom selbst gesteckten Ziel, den Anteil der Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen, ist die Bundesrepublik jedoch weit entfernt. Nach Einschätzung der OECD wird Deutschland in diesem Jahr eine Quote von 0,4 Prozent erreichen, vorgesehen sind eigentlich 0,51 Prozent. Bislang haben lediglich fünf Staaten die Vorgaben der Vereinten Nationen einer Quote von 0,7 Prozent erfüllt: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

ddp/nsc/stu

Uhrzeit: 12:34